

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 12. Dezember 1931

35. Jahrgang

Nummer 50

Die innere Haltlosigkeit des Nationalsozialismus

Bei allem, was die Nationalsozialisten tun, ist der Gedanke entscheidend, der faschistischen Bewegung neue Anhänger zu gewinnen. So wie die Nationalsozialisten zu werben verstehen, versteht es niemand sonst im politischen Leben. Das sollten die sozialdemokratisch gesinnten und organisierten Arbeiter — Arbeiter selbstverständlich im weitesten Sinne verstanden — nicht leicht nehmen. Die aufwühlende Rührigkeit der Faschisten zwingt unbedingt zu vermehrter und vertiefter Werbetätigkeit. Es ist nicht gut, sich dabei zu beruhigen, daß der Nationalsozialismus Menschen ganz verschiedener Lebensverhältnisse und Lebensziele umschließt, daß er an seinen eigenen inneren Unwahrhaftigkeiten und der Armut seiner Gedanken von tieferem Werte von selbst wieder zusammenbrechen muß. Der Nationalsozialismus kann Unheil genug anrichten, bis das so überaus schnell angeschwollene Heer der Gut- und Leichtgläubigen ihm wieder den Rücken zuwendet. Die übergroße Schnelligkeit des Wachstums der faschistischen Bewegung muß zwar selbst die Führer dieser irrenden, zweifelnden und verzweifelnden Massen ruhig und besorgt machen. Was treibhausartig emporschießt, pflegt nicht stark, zuverlässig und widerstandsfähig zu sein. Ohne Frage ist die innere Kraft des Nationalsozialismus ganz außerordentlich schwach. Denn es ist keine die Massen verbindende Idee da, die doch unerlässlich ist. Wenn der erste Rausch sich legt, den phrasenreiche Hege erzeugt hat, wird doch von den meisten Anhängern mehr als nur lautes Wortgeklänge und gewissenloses Beschimpfen und Verdächtigen anderer verlangt werden. Wer mit Nationalsozialisten zusammenkommt, wird gewöhnlich feststellen können, daß sie äußerst unsichere, taufende und suchende Menschen sind. Es ist in den letzten Jahren zu viel auf sie eingestürzt an Außergewöhnlichem, stark das gewohnte Leben umgestaltend.

Es ist kein Fortschrittsdrang, kein Mut, kein Kampfwille, kein Kraftgefühl, was zum Nationalsozialismus drängt — nein, es ist Schwäche und Angst, es ist zweifelndes Zurückwollen in altgewohnte Sicherheit und Gemächlichkeit; der Kleinbürgerstolz wird nicht fertig mit den Schwierigkeiten der Zeit, nicht mit den geistigen Anforderungen, die aufgetaucht sind und nicht mit den wirtschaftlichen.

Alles Leben muß eben getragen und fortentwickelt werden von Ideen, die in die Zukunft weisen. Das Bürgertum hatte aber keine eigenen Ideen. Und darum kann es dem Faschismus zum Opfer fallen. Und ebenso diejenigen Arbeiter, die ruhig ihre lüthlich, rechtlich und gesellschaftlich unhaltbare Lage als höheres Geschick hinnahmen, ohne ernster darüber nachzudenken. Aus der Denkräufelung entstand das Unvermögen, selbständig denken und urteilen zu können, daraus wieder Unsicherheit, Zweifel, Verwirrung und Angst. Das ganze nennt sich lügenhaft nationaler Sozialismus. Von sozialen Gedanken und Kräften ist ganz gewiss keine Spur in dieser Strohfeuerwelt, die viel Rauch entwickelt und das Sehen noch mehr erschwert, als es manches andere schon tut. Und über den Mißbrauch des nationalen Gedankens braucht auch in diesem Fall kein Wort gesagt zu werden. So etwas spricht schließlich nur von einer ungewöhnlich großen Gedankenarmut. Es ist kein Zufall, daß die größten Geister, die unser Volk in seinen Reihen hatte, die auch andere Völker hervorgebracht haben, alle international und überkonfessionell empfanden. Mit nationalen Ueberpanntheiten und Unduldsamkeiten aller Art kann ein in schwierige Verhältnisse geratenes Volk nicht wieder emporkommen! Der Nationalsozialismus wird alles nur noch schwieriger gestalten, als es schon ist.

Die mittleren Schichten des Volkes sind in einen Zustand der Proletarisierung hineingeraten. Der Dünkel und die Selbstverliebtheit dieser Menschen läßt es aber nicht zu, mit dem hellen Licht klarer und wahrer Aufklärung in das Leben hineinzuleuchten. Und die altgewohnte Bequemlichkeit und Leichtigkeit des früheren Lebens, des geschäftlichen Erfolges ohne nennenswertes persönliches Können, scheut vor der ehrlichen Antwort zurück, die die Wirklichkeit des Daseins heute jedem gibt, der sachlich und vorurteilslos nach Erkenntnis und Wahrheit sucht.

Von jeher war diese Mittelschicht das feste Bollwerk des Kapitalismus. Es umgab den großkapitalistischen Kern der Wirtschaft. Diese Mittelschicht atmete dieselbe vergiftete Luft der Beutegier, die stets dem Großkapitalismus das wichtigste Lebens-element war. Und heute gibt man plötzlich vor, diesen Großkapitalismus zu verabscheuen! Neidisch ist man auf ihn und unangenehm fühlt man den Druck der sich verschärfenden Abhängigkeit. Das ist alles.

Aber die im Grunde echt kapitalistische Gesinnung des Kleinbürgertums wird niemals sozialistisch werden.

Der Großkapitalismus und das geschäftsmäßige Kleinbürgertum fühlen sich wohlverwandt und schicksalhaft verbunden. Nicht daß das überall auch deutlich erkannt würde. Würde der Großkapitalismus ehrlich fortschrittlich zu wirken versuchen, würde er die Wirtschaft nach dem Grundgesetz höchstmöglicher Ertragsfähigkeit organisieren, dann müßte das Kleinbürgertum in ganz bedeutendem Umfange verschwinden, es müßte eben proletarisiert werden. Das möchte das Großkapital verhindern. Nicht aus Mitleid oder Menschlichkeit, sondern aus Selbstschutz. Das Großkapital weiß sehr genau, daß die Proletarisierung der Mittelschichten mit der Zeit den wahren Sozialismus stärken muß, und daß der Wall, gegen den jetzt noch die geistige Kraft des Sozialismus vergeblich anbrandet, immer schwächer wird, wenn die Mittelschichten den Mut finden, die Dinge klar zu sehen und auch klar beim rechten Namen zu nennen. Der größte Feind sozialen und demokratischen Fortschritts ist neben dem sehr mächtigen Großkapitalismus mit seinem gewalttätigen Zugreifen vor allem das kleinbürgerliche Vorurteil, die kleinbürgerliche Unwissenheit und Enge. Kommen erst die Mittelschichten dazu, daß sie erkennen, daß Nationalsozialismus nichts weiter bedeutet als Täuschung und Selbsttäuschung, als ein feiges Sichverstecken vor dem Leben, daß man so oder so fertig werden

muß mit der alles um- und weiterbildenden Kraft des sozialen und demokratischen Gedankens, dann kommt die Zeit der letzten entscheidenden Kämpfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Die Monopolisierung der Industrie, des Bankkapitals und des Handels wird die Mittelschichten zum Nachdenken zwingen. Eines Tages wird man sich eingestehen müssen, daß es derartige gewaltige Machtzusammenballungen in einer Gemeinschaft nicht geben darf, daß das eine neue Art der Versklavung der wirtschaftlich Abhängigen bedeuten muß trotz beruflicher Organisation. Die überhöhen Kosten der äußerst fehlerhaften kapitalistischen Groß- und Kleinwirtschaft trägt einseitig noch geduldig der Lohn- und Gehaltsempfänger und Konsumverbraucher. Er sieht noch nicht genügend deutlich, was vorgeht, was werden will und werden muß. Darum konnte der Nationalsozialismus entstehen.

Protektionismus auf Umwegen

Die Nachkriegszeit hat auf dem Gebiete des handelspolitischen Protektionismus (Schutzollpolitik) in der Erfindung immer neuer Formen ein geradezu kaumenswertes Talent entfaltet. Da finden wir in allen Staaten neben den Zöllen und den Ein- und Ausfuhrverboten die Subventionierung durch Frachtnachlässe für Exportwaren, den bevorzugten Auftrag von öffentlichen Körperlichkeiten, die Verbrauchsgüter durch Verbrauchszwang in Gestalt von Beihilfungs- und Beihilfungsverpflichtungen, die direkte Subvention aus öffentlichen Mitteln und vieles andere mehr. Alle diese Maßnahmen wirken im Endeffekt genau so wie Zölle und Einfuhrverbote; genau so wie diese verteuern sie die Waren und sperren wirtschaftlich die einzelnen Länder voneinander ab. Jetzt ist noch eine neue Form der Subventionierung hinzugekommen, deren Auswirkungen uns hier beschäftigen sollen.

Es handelt sich dabei um die Fernhaltung von Auslandswaren durch eine entsprechende Devisenpolitik. Die Staaten, deren Währungen in das internationale Zahlungssystem eingeschaltet sind, können diesen Zustand nur halten, wenn sie die Bindung ihres Notenumlaufes an eine bestimmte Menge von Gold oder goldgedeckte Auslandswährungen aufrechterhalten. Hierher gehört auch heute noch, nachdem einige wichtige Länder die Goldwährung aufgegeben haben, der größte Teil der kapitalistisch wirtschaftenden Nationen. Um inflationistische Erscheinungen im Innern und Gleichgewichtstörungen auf den Weltmärkten zu vermeiden, halten sie am Goldstandard fest. Das fällt ihnen nicht immer leicht, denn die schonende Behandlung ihrer Goldbedeckungsreserven gehört zu den schwierigsten Gebieten der Politik. Wir bezeichnen sie hier als Devisenpolitik. Diese war nicht immer so schwer und kompliziert wie sie heute ist. Wenn während der ruhigen Vorkriegszeit ein Land seine Deckungsreserven, bestehend sie nun aus Gold oder Devisen, zusammenschmelzen sah, so war es in der Regel nicht schwer, diesem Prozeß zu steuern und die Deckungsreserven wieder aufzufüllen. Gold oder Devisen konnten ja nur ins Ausland abgewandert sein. Also mußten sie zurückbewegt werden. Das geschah durch ein Herausheben des Diskontsatzes. Wurde dieser höher gestellt, als in den Nachbarländern, so floß das Auslandsgeld todsicher dort hin. Für die Lenkung des Kapitalstroms war eben nur die Zinshöhe entscheidend, weil der Kapitalbesitzer sein Handeln an rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte.

Das wurde leider anders, als das politische Prinzip das wirtschaftliche verdrängte. Dabei ist nicht nur an die ohne Gegenwerte abgegebenen deutschen Reparationszahlungen und die unter gleichen Bedingungen geleisteten Kriegsschuldenrückzahlungen der Ententestaaten an Amerika zu denken. Die in den Empfangsländern daraus sich ansammelnden Summen hätten den Rückweg in die kapitalistischen Staaten gefunden, aber er wurde ihnen durch die politische Kalkulation der Gläubigerländer verbart. Diese begründeten und begründen auch heute noch den Wandel ihrer Anschauungen mit dem mangelnden Vertrauen in die Wirtschafts- und Staatsführung dieser kapitalistischen Staaten. Es sind das die Nachwirkungen des Krieges, der politischen und wirtschaftlichen Vielstaaterei, eines Rüstungswahnes, der sich besonders bei den zu neuem Leben erwachten Nationalstaaten geltend machte und nicht zuletzt häufig wechselnde Staatsformen mit zwischengeschalteten Staatsumwälzungen. Auch wo diese nicht immer zur Tat werden, genügt schon die Gefahr, daß sie eintreten können, um die geschädigten Wirkungen in der Lenkung des Kapitalstromes zu erzeugen. Es ist im internationalen Kapitalismus so, daß dieser nur funktionieren kann, wenn der Orientierung am höchsten Zinssatz keine politischen Hemmnisse in den Weg getürmt werden. Diese aber waren und sind auch heute noch in Hülle und Fülle vorhanden, woraus die weltwirtschaftlichen Kapitalfehllösungen resultieren.

Die direkte Auswirkung dieses Zustandes bekamen zuerst die Notenbanken der einzelnen Staaten zu spüren, deren Präsidenten die Wirkungslosigkeit des Diskontsatzes erkennen mußten. Welche anderen Wege blieben nun, um den Gold- und Devisenabstrom zu verhindern, und welche Maßnahmen wurden ergriffen, um den Gold- und Devisenbestand anzureichern? Wir können da einmal die deutschen Verhältnisse als Beispiel heranziehen. Vor etwa einem halben Jahre erklärte der amerikanische Präsident Hoover für ein Jahr lang auf die Schuldentrückzahlung der Länder zu verzichten, die während des Krieges in Amerika Anleihen aufgenommen hatten, wenn diese Staaten, es handelte sich dabei in der Hauptsache um Frankreich, England, Belgien und Italien, für den gleichen Zeitraum in einen Aufschub der ihnen von Deutschland zufließenden Reparationen einwilligen würden. Bis auf Frankreich fand der Hoover-Plan alsbaldige Zustimmung. Die Franzosen verlangten Verhandlungen. Dadurch wurde ein Schwebesustand geschaffen, der sich für uns sehr verhängnisvoll auswirken sollte. Da in diesen kritischen Tagen niemand wußte, ob der Hoover-Plan angenommen wird, ob also Deutschland die Entlastung von rund 1,6 Milliarden Mark zuteil werden wird, kündigte das Ausland milliardenweise seine in Deutschland kurzfristig

angelegten Gelder. Dadurch verlor die Reichsbank Milliardenbeträge an Gold und Devisen. Der damit im Zusammenhang stehende Zusammenbruch der Danatbank verschlimmerte noch das Tempo des Rückflusses von Auslandsgeld und der Kapitalflucht. Der Diskontmechanismus versagte vollständig, so daß zu ganz anderen devisenpolitischen Maßnahmen geschritten werden mußte. Das Ausland wurde erlucht, keine weiteren Rückziehungen seiner Guthaben vorzunehmen, also stillzuhalten. Die Kapitalflucht wurde unter hohe Strafen gestellt und die Reichsbank von der Verpflichtung entbunden, deutsches Geld in Devisen umzuwandeln.

Mit dem letzten Punkte begann der Eingriff in den Handelsverkehr. Der deutsche Importeur bekam nicht mehr jede beliebige Menge von Devisen. Für einige Güter, wie Kohle und Fertigfabrikate wurde die Devisenabgabe überhaupt eingestellt. Für die Einfuhr von Halbzeug erfolgte die Zuteilung bis zum Höchstbetrage von 10 000 Mark, aber auch das nur, soweit es die Devisenlage der Reichsbank gestattete. Somit war die deutsche Gütereinfuhr sehr stark beengt und für viele Waren unmöglich. Hätte dieser Zustand längere Zeit angehalten, so wäre das auch auf die deutsche Ausfuhr nicht ohne Folgen geblieben. In der Praxis kommt die Devisensperre einem Einfuhrverbot gleich, so daß alle sonstigen handelspolitischen Bestimmungen außer Wirksamkeit treten. Den Schaden hätte das Ausland zu tragen gehabt und sich dagegen zweifellos durch entsprechende Gegenmaßnahmen gewehrt; es hätte ebenfalls die Einfuhr von deutschen Gütern gesperrt. Dadurch würde dann unsere Ausfuhr ebenso eingeschränkt worden sein wie unsere Einfuhr. Zum Glück blieben wir davon verschont, denn schon nach wenigen Tagen wurde die beschränkte Devisenzuteilung für Einfuhrzwecke aufgehoben.

Jedenfalls erleben wir aus diesem Beispiel, welche Einwirkungen durch die Devisenpolitik auf den Außenhandel, vornehmlich auf die Wareneinfuhr, möglich sind. Während wir wieder seit langem völlig normale Zustände in dieser Beziehung haben, wird von vielen anderen Staaten heute noch immer mit dem Mittel der Devisenpolitik Handelspolitik gemacht. In Europa allein haben sechzehn Staaten devisenpolitische Schutzvorschriften erlassen! In den meisten Fällen gehen diese so weit, daß ihre Auswirkungen auf die Handelspolitik nicht ausbleiben können. Desterreich stellt nur für „anerkannten Bedarf“ Devisen zur Verfügung. Dabei ist die Entscheidung dem Präsidenten der Notenbank überlassen, ob es sich um anerkannten Bedarf handelt oder nicht. Dieser hat nun eine Dringlichkeitskala aufgestellt, die fünf Warengruppen umfaßt. Die Güter der ersten Gruppe sind Produkte, die Desterreich unbedingt braucht, die letzte Gruppe enthält die am ehesten zu entbehrenden Waren. Kohle gehört zur zweit notwendigsten Gruppe, aber schon diese ist bisher außerordentlich spärlich mit Devisen bedacht worden. Wie mag es da erst um die in der Notwendigkeitskala noch tiefer rangierenden Warenarten bestellt sein? Ungarn hat eine ganz ähnliche Regelung. Für Rohstoffe werden Devisen zur Verfügung gestellt, für andere Produkte höchstens auf dem Papier. In Griechenland entscheidet die Zentralnotenbank, ob die Devisenhergabe volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist, ob also die Einfuhr stattfinden darf oder nicht. Dasselbe ist in Lettland der Fall, und Litauen will dem folgen. Einen etwas verschlungeneren Weg haben die Spanier gewählt. Sie befriedigen jeglichen Devisenbedarf, teilen diesen aber dem Importeur so langsam zu, daß er es gar nicht wagen kann, mit ausländischen Firmen in Verträge über größere Mengen einzutreten. Auch die Tschechoslowakei macht alle nur erdenklichen Schwierigkeiten bei der Anforderung von Devisen zum Zwecke des Imports. Am weitesten geht Bulgarien, das nicht nur für Einfuhrzwecke die Devisen reguliert, sondern auch für Käufe ausländischer Liegenschaften. Da es dadurch jedem bulgarischen Bürger unmöglich ist, sich im Auslande anzufriedeln, so reguliert Bulgarien damit zu gleicher Zeit seine Auswanderung. Zur Erleichterung mag noch mitgeteilt sein, daß daselbst Land auch keine Devisen für die Honorierung ausländischer Künstler, die es zeitweise als Gäste beherbergt, zur Verfügung stellt. So erhält man neben der nationalen Wirtschaft noch eine nationale Kultur.

So sehen die Zustände aus. Man hat kürzlich in einer Konferenz versucht, die in Prag tagte, diese verworrenen Verhältnisse zu klären. Aber diese Devisenkonferenz war nur von sieben Staaten besucht, obgleich in Europa allein sechzehn Devisenschutzvorschriften erlassen haben. Deutschland war nur durch einen Währungsfachmann vertreten. Damit sollte zweifellos zum Ausdruck gebracht werden, daß für die deutsche Regierung die Devisenfrage nur eine Angelegenheit der Währungspolitik, nicht aber der Handelspolitik ist. Handelspolitische Maßnahmen sind Zölle und Einfuhrverbote. Wer diese will, mag sie beschließen, aber nicht sie offiziell ablehnen und über die Hintertreppe der Devisenpolitik dann doch einführen. Das ist unehrlich. Insofern war die deutsche Haltung, wie aus der Wahl des Delegierten hervorgeht, durchaus korrekt. Bedauerlicherweise hat aber die Prager Devisenkonferenz zu keinem positiven Ergebnis geführt. Man hat es vermieden, allgemein bindende Richtlinien für die Devisenpolitik aufzustellen. Nun wird jedes Land nach seinen Bedürfnissen weiter laborieren, wodurch die handelspolitischen Zustände in völliges Dunkel gehüllt werden.

Letzten Endes führt das zu einer ganz einseitigen Belastung der Staaten, die befreit sind, über die Devisenpolitik keine handelspolitischen Geschäfte zu machen. Es ist aber ausgerechnet dem Christlichen, der bemüht ist, abgeschlossene Handelsverträge nicht über devisenpolitische Schlechwege zu umgehen, dieses Opfer nicht zuzumuten. Und da gibt es nur einen Weg, ihn davon zu verschonen. Es ist das der Abschluß von Handelsverträgen in denen nicht mehr, wie es bisher war, Zollpositionen ausgehandelt werden, sondern Kontingente. Die Kontingente des Handelsvertrages müssen sich verpflichten, für die garantierten Abnahmemengen auch die erforderlichen Devisen zum Verfügung zu stellen. Der Kontingentstarif an die Stelle des Zolltarifes, das ist die einzige Möglichkeit, die am internationalen Güteraustausch beteiligten Staaten wieder zur Vertragstreue zu erziehen und den vertragstreuen Partner vor ungerechtfertigten Schädigungen zu bewahren. V. B.

Gegen die Gewerkschaften

Alles Geplänkel im politischen Kampf geht letzten Endes um die Schlüsselstellung der Gewerkschaften. In ihnen sieht der maßgebende Teil der Unternehmer die konzentrierte Kraft in der Verteidigung der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Der Kampf gegen das Tarifsystem und die sonstigen sozialen Rechte ist ein Mittel, mit dessen Hilfe man die Gewerkschaften zu treffen sucht. Die Konterrevolution rennt deshalb mit verstärkter Wucht gegen den gewerkschaftlichen Bloß an. Es war für sie sehr schmerzhaft, daß der vereinten Reaktion von Harzburg eine einheitliche Front der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen entgegengestellt wurde. Die Führer in dem Kampfe gegen die Gewerkschaften sind in der Rohstoffindustrie zu suchen. Ein Häupter der Gewerkschaften ist der Kaliindustrielle August Koster. Dieser macht aus seinem Herzen keine Mördergrube und spricht das rüchthaltlos aus, was zahlreiche Unternehmer denken.

In der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 279 befaßt sich Koster mit der Rundfrage des Reichsanwalters zur Winterhilfe. Er hält den Weg, an die Wohlthätigkeit des Volkes zu appellieren, nicht für richtig, sondern er sieht in dem Kampf gegen die Gewerkschaften das einzige Mittel, um über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen. Nach seinen Worten geht es hier „wie im Urwald und an der Börse: Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Mit dem bisherigen System müßte vollkommen aufgeräumt werden. Deshalb bezweifelt Koster, daß dies mit den jetzigen Parteien im Parlament zu machen sein wird. Vorläufig habe sich niemand gefunden, um nicht-parlamentarischen Wege die ungeheure lebenswichtige Frage zu lösen, die darin bestehen würde, die Gewerkschaften aus der Wirtschaft auszuschalten. Nur innerhalb einer freien deutschen Wirtschaft werden die Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot finden können. Ich behaupte, daß es keinen andern Weg gibt als den der freien Wirtschaft. Unter freier Wirtschaft verstehen diese Herren nur die vollständige Loslösung von den tariflichen Bindungen und Beseitigung aller Schutzgeetze, die gegen die rückwärtslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft errichtet wurden. Natürlich wollen sie die wie ein Alp auf der Wirtschaft liegende Verbandshegemonie, deren Spitze sie bilden, unumstößlich erhalten wissen. Es ist ein Schauspiel für Götter, diese Demagogen in der Arena des Kampfes für die wirtschaftliche Freiheit fechten zu sehen. Weil sie unfähig sind, dem Volke neue Wege zu weisen, deshalb schimpfen sie auf den Popanz Gewerkschaften. Koster erlaubt sich, folgendes zu schreiben:

„Unser Schicksal sind lediglich die Gewerkschaften. Wenn die nicht sein würden, dann würde der Zustand in unserm Lande heute ganz anders sein. Dann würden wir nicht mehr am Boden liegen, sondern dann würde das deutsche Volk ganz sicher an besserer Stelle stehen.“

Diese ungeheuerliche Behauptung wird ausgesprochen, ohne eine Begründung dazu zu geben. Kein Wunder ist es aber, wenn Koster den Ausgang der heftigen Wahlen begrüßt. Man erhebt aus dieser Stellungnahme, eine wie große Hoffnung die Vertreter der Rohstoffindustrie auf die Nationalsozialisten setzen. Sie sind ihre einzige und letzte Hoffnung. Und deshalb hoffen sie, mit Hilfe der Nationalsozialisten die Verfassung zu ändern, weil es nicht angängig ist, daß durch die Bevorzugung einer einzigen Klasse unser Volk zugrunde geht, denn es war sicher bei Aufstellung der Verfassung nicht beabsichtigt, eine einzelne Klasse zum Nachteil des gesamten Volkstörpers zu bevorzugen.

Mit Erstaunen wird man hören, daß die Arbeiterklasse und mit ihr die Gewerkschaften zur bevorzugten Klasse im heutigen Deutschland gehören sollen. Aber diese und ähnliche Behauptungen verfolgen nur den Zweck, die Spießbürger gegen die arbeitende Klasse aufzubringen und alle reaktionären Kräfte gegen die Gewerkschaften zu vereinigen. Alle die irregulierten Arbeitermassen müßten aus diesem verbitterten Haß einzelner Großkapitalisten die richtige Lehre ziehen. Diese besteht darin, sich restlos um die Gewerkschaften zu scharen. Denn je mehr die Gegner über eine Sache schimpfen, je besser ist sie. Der Kampf der Arbeiter gegen die Gewerkschaften ist ein Symptom der Zeit, wo alles aus dem Messers Schneide steht, und sollte die Arbeiter ermutigen, mit dem gleichen Eifer und dem gleichen Haß gegen ihre Gegner vorzugehen.

Die Moral des Pseudokapitalismus

Ohne Zweifel befindet sich die kapitalistische Wirtschaft namentlich in Deutschland in einer gewissen Verwirrung. Treu und Glauben, ehemals die Postulate einer erfolgreichen Epoche, stehen heute nicht mehr hoch im Kurs. Im Gegenteil wird der hoch geachtete, der auf Umwegen zum Ziele kommt. Man kann wirklich daran zweifeln, daß diese Unmoral im kapitalistischen Gesellschaftsleben jemals wieder ganz verschwinden wird. Selbst die Argumente des Kampfes im Wirtschaftsleben atmen eine gewisse Unschlichtheit. Man betrachte den Kampf gegen die Tarifverträge sowie gegen die Lebenslage der Arbeiter und Angestellten überhaupt. Mit einer Leidenschaftlichkeit wird gegen Langbeistehendes angefaßt, die man woanders vergeblich sucht. Die tariflichen Bindungen werden als Ausfluß alles Uebels hingestellt. Man sollte meinen, die ganze Kriege in ihrer Ausdehnung und Entfaltung würde sofort beenden sein, wenn die Tarifverträge beseitigt würden. Der Kampf gegen die tariflichen Bindungen ist bereits zu einer Massenpsychose ausgewachsen. Jeder Spießbürger glaubt bereits, daß hier die Wurzel alles Uebels verborgen liege.

Dies kommt daher, weil seit Jahren in der kapitalistisch verkehrten Presse ein Trommelfeu auf die Tarifverträge geführt wird. Die unehrliche Seite des Kampfes im Wirtschaftsleben findet in der Politik ihre Fortsetzung und Ergänzung. Was in den politischen Auseinandersetzungen heute behauptet und beschworen wird, ist mit der Logik wenig zu vereinbaren, sondern ist im Gegenteil ein großangelegter Schwindel zu bezeichnen. Aber die Gleichartigkeit eines verlogenen Kampfes im wirtschaftlichen und politischen Leben zeigt, daß das ganze Leben in Deutschland verfaßt ist.

Die Tarifverträge sind ein Massenbüß des schwächeren Teils der Bevölkerung. Sie sichern jedem in Arbeit stehenden wenigstens ein gewisses Existenzminimum. Seit Jahrzehnten haben die Gewerkschaften für den Abschluß von Tarifverträgen gekämpft. Vor dem Kriege war es erst in verhältnismäßig wenigen Industriezweigen gelungen, tarifliche Bestimmungen als geltendes Gesetz in dem Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital zur Durchführung zu bringen. Anfang 1930 waren es 12 Millionen Arbeiter und Angestellte, die von Tarifverträgen erfasst wurden. Jeder Arbeiter und Angestellte wird den Vorteil der Tarifverträge schätzengelert haben. Er hat sie namentlich dann schätzengelert, wenn die Konjunktur schlechter wurde und dadurch die Macht der Unternehmer wuchs. Der hartnäckige Kampf gegen die Tarifverträge läßt deutlich durchblicken, daß die Unternehmer und ihre Freunde diese juchbare Wirtschaftskrise als eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zum Kampfe gegen die gewerkschaftlichen Ertrungenschaften betrachten. Verfolgt man den Kampf gegen die tariflichen Bindungen, so sollte man der Meinung sein, daß die deutschen Unternehmer reine Idealisten und Mandarstenleute vom alten Schlage seien. In Wirklichkeit sind sie längst von dieser Entwicklungsstufe aberübert und Kollektivmenschen reiner Prägung geworden. Der bekannte Professor Bonn schrieb kürzlich einmal im „Berliner Tageblatt“ über die große kapitalistische Offensive der Gegenwart. Nachdem er dies dargelegt hat, schreibt er folgendes:

„Sie geht einmal von den industriellen Unternehmern aus, die in Staatseingriffen sozialistisch beeinflusster Regierungen revolutionäre Neuerungen erblicken und sich über Erwerbslosensfürsorge empören, während sie in der Erwerbslosensfürsorge, die sie für ihre notleidenden Unternehmungen erstreben, augenscheinlich eine Sicherung des Kapitalismus sehen. Sie wenden sich gegen Gewerkschaften und Tariflöhne und möchten gern das System des freien Wettbewerbs auf dem Gebiete der Arbeitsmärkte wieder einführen, nachdem sie es auf dem Warenmarkte durch Zölle und Kartelle längst beseitigt haben. Naturgemäß gehen sie gerade in Krisenzeiten besonders energisch vor. In solchen ist einmal der Lohnabbau von besonders weittragender Bedeutung; zum anderen aber ist die Widerstandskraft der Arbeiterorganisationen in Zeiten der Arbeitslosigkeit verhältnismäßig schwach.“

Prof. Bonn ist aus der Schule Brentanos hervorgegangen und vermag, wie dieses Zitat zeigt, Vorgänge des gesellschaftlichen Lebens richtig zu beurteilen. Es ist also ein unehrlicher Kampf, der von den Unternehmern geführt wird. Wenn eine Unternehmerrschaft wie die deutsche unter Zuhilfenahme der Staatsmacht derartig kollektiv gebunden ist, so mutet das demagogisch an, wenn die gleichen Leute gegen Tarifverträge, Schiedsgericht und Verbindlichkeitsverpflichtungen ankämpfen.

Auch auf anderen Gebieten ist die Unmoral und die Unehrlichkeit stark eingedrungen. Besonders deutlich beobachtet man dies in der Währungsfrage. Weil man schlecht gewirtschaftet hat, wird von breiten Schichten des Unternehmertums auf den Kollektivbankrott hingearbeitet. Viele Unternehmungen müßten, hält die Wirtschaft noch länger an, ihre Tore schließen. Deshalb arbeitet man seit längerer Zeit auf einen Kollektivbankrott der Schuldner hin. Man will durch eine kleine nette Inflation die Schulden abstreifen, um den zahlreichen Einzelbankrotten zu entgehen. Daß dies mit Treu und Glauben nichts zu tun hat, steht wohl außer Frage. Der deutsche Kapitalismus hat sich auf diese gewaltigen Grundzüge sehr viel eingebildet. Prof. Bonn hat auch dieses Bestreben sehr deutlich gekennzeichnet. Er schreibt im „Deutschen Volkswirt“, daß die im Grund kollektivistische Einstellung, die man besser als pseudokapitalistische bezeichnet, deutlich in vielen Vorschlägen zur Währungsverschlechterung zum Ausdruck komme. Die deutschen Unternehmer wollen auf diese Weise nicht nur ihre Schulden los werden, um nachträglich als matellose Kaufleute dazustehen, sondern sie wollen auch den Lebensstandard des Arbeitenden verschlechtern. So unglaublich es klingen mag, so ist es dennoch richtig, daß Kapitalisten den Kapitalismus in seinem ureigensten Wesen zerstören. Deshalb hat Prof. Bonn recht, wenn er im „B. T.“ schreibt: „Die Wirtschaftswende, von der heute so viel geredet wird, besteht daher ihrem inneren Wesen nach darin, daß die Kapitalisten das kapitalistische System in Stücke schlagen und nicht die Arbeiter, die zur Zeit nur den einen Wunsch haben, es möchten sich wieder Kapitalisten finden, die ihnen Arbeit geben.“ Dieser Kennzeichnung des Wesens großer Teile der deutschen Unternehmer von einem Freund der kapitalistischen Wirtschaft brauchen wir nichts hinzuzufügen.

Der Kapitalismus wird niemals in der Form wieder entstehen, die er angenommen hatte, als er seinen Siegeszug über die Welt antrat. In England, Deutschland und anderen Ländern machen sich starke Verfallserscheinungen bemerkbar. Das pseudokapitalistische System vermag niemals als herrschende Form einer neuen Wirtschaftsordnung zu gelten. Wäre die Arbeiterklasse nicht so zerfallen und würde sie einen einheitlichen Machtkomplex darstellen, dann wäre es jetzt an der Zeit, eine neue und bessere Gesellschaftsordnung zur Herrschaft kommen zu lassen. Jedenfalls

hat die große Weltkrise nicht nur wirtschaftlich ihre tiefen Einwirkungen hinterlassen, sie wird auch der Ausgangspunkt einer neuen Zeitepoche sein. Es darf als wahr angenommen werden, daß nicht Amoral und Verlogenheit die Basis bilden kann, auf der eine neue Gesellschaftsordnung sich aufbaut. Sind einmal die Nebelschwaden einer verlogenen Agitation verflüchtigt, und vermögen die Köpfe der Arbeiter und Angestellten sowie Beamten sich wieder ein klares und einheitliches Urteil zu bilden, dann wird und muß eine neue Gesellschaftsperiode beginnen, die bleibenden Bestand hat. Die Unmoral eines Pseudokapitalismus ist das Kennzeichen einer untergehenden Epoche.

Erwerbslosenschulung und Gewerkschaften

Am 27. November fand in Berlin eine vom Vorstand des ADGB einberufene Konferenz statt, die sich mit den Fragen der gewerkschaftlichen Bildungs- und Jugendarbeit beschäftigte. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine gründliche Erörterung des Problems der besonderen Erwerbslosenveranstaltungen, zu denen Vertreter der verschiedensten Berufs- und Bezirksverbände der Gewerkschaften auf Grund ihrer in der Praxis gewonnenen Erfahrungen Stellung nahmen. Bei Anerkennung der Notwendigkeit beruflicher Schulungsmassnahmen wurde aber auch betont, daß bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage der Hauptwert der berufsbildenden Veranstaltungen darin läge, daß sie Anknüpfung für die ganze Erfassung der Erwerbslosen seien. Daraus erklärten sich gewisse Schwierigkeiten in der Haltung der Erwerbslosen zu den Lehrgängen der Arbeitsämter; kommen doch zuweilen Erwerbslose zu der Annahme, das Arbeitsamt treffe gewisse Lehrgänge nur, um Ersparnisse durch den Unterhaltungsbeitrag der von den Lehrgängen fernbleibenden Unterhaltungsempfänger zu machen. In manchen Bezirken erfolgt die Übertragung der Erwerbslosenschulung in hohem Maße an die Berufsschule, während die von Gewerkschaften vorgesehenen Kurse von den Arbeitsämtern nicht anerkannt werden. Hierdurch wird der Eindruck hervorgerufen, die Erwerbslosenveranstaltungen dienen in erster Linie dazu, den stellungslosen Gewerkschaften Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Ungenügende finanzielle Förderung wird für solche beruflichen Lehrgänge gewährt, die von den Wohnorten der Teilnehmer entfernt, in geeigneten Heimen stattfinden, da in den Heimorten selbst infolge der geringen Einwohnerzahl Kurse nicht veranstaltet werden können. Für diese notwendigen Massnahmen werden die Arbeitsämter mehr Mittel als bisher aufwenden müssen. Im allgemeinen ging die Ansicht dahin, daß Veranstaltungen, die im Namen einer Behörde getroffen werden, weniger Anklang finden, als die von freien Organisationen, wie es die Gewerkschaften sind.

Die von allen verantwortlichen Stellen gewünschte Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete der Erwerbslosen-Berufsbildung leidet bisher darunter, daß für die nicht unmittelbar der Berufsausbildung dienenden Massnahmen öffentliche Unterstützung nahezu gar nicht erhältlich ist. Wohl hat der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß vom 15. Oktober d. J. erwähnt, daß der Reichsinnenminister beim Reichskabinett den Betrag von 1 Million Reichsmark zur Betreuung der Erwerbslosen angefordert habe, doch ist bisher nichts erzielt worden. Die nachstehende Entschliessung wurde einstimmig gefaßt und ist den Reichs- und Landesbehörden zugestellt. Die Gewerkschaften werden weiter wie bisher alles, was in ihren Kräften steht, tun, um den Erwerbslosen in ihrer schweren Lage zu helfen!

„Die erzwungene Beschäftigungslosigkeit, vor allem ihre lange Dauer, läßt bei der großen Masse der Erwerbslosen neben der materiellen Not die Gefahr einer geistigen und seelischen Verödung entstehen. Insbesondere sind Hunderttausende von jungen Menschen schweren Gefahren für die geistige und körperliche Entwicklung ausgesetzt. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung haben infolgedessen mehr als nur arbeitsmarktpolitische Bedeutung.“

Solange den Arbeitslosen keine Arbeitsmöglichkeiten geboten werden können, müssen neben der materiellen Fürsorge auch Massnahmen auf kulturellem Gebiet getroffen werden. Insbesondere ist der Jugend die Möglichkeit zur Erhaltung ihrer körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte, sowie zur Erhaltung und Weiterentwicklung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu bieten. Die Durchführung dieser Massnahmen muß im Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen mit den beteiligten öffentlichen Stellen erfolgen. Die Gewerkschaften als berufliche Zusammenfassung der Arbeitnehmer sind als Träger von Veranstaltungen für die Arbeitslosen, gleichviel welcher Art sie sind, besonders berufen.

Die auf beruflichem Gebiete getroffenen Bildungsmaßnahmen — die produktive Beschäftigung hat bei diesen den Hauptwert — werden aus öffentlichen Mitteln in einer nach den gegenwärtigen Umständen erträglichen Weise gefördert. Für Veranstaltungen allgemeiner Art oder jugendpflegerischer Art ist jedoch in völlig unzulänglichem Umfang gesorgt. Von Reich, Ländern und Gemeinden muß gefordert werden, daß sie trotz ihrer schwierigen Finanzlage ausreichende Mittel für die kulturelle Betreuung der Erwerbslosen zur Verfügung stellen, wobei das Reich mit gutem Beispiel vorangehen muß. Wird die kulturelle Betreuung vernachlässigt, so entsteht die Gefahr, daß auch die berufsbildenden Veranstaltungen erheblich an Wert einbüßen, da die Erfahrungen lehren, daß die Erwerbslosenveranstaltungen vornehmlich dann ihren Zweck erfüllen, wenn in ihnen berufliche Bildung und Betätigung mit Allgemeinbildung, Leibesübungen u. dgl. in engste Verbindung gebracht sind.“

Erdförner und Erdschale

So wichtig die Gestaltung der Erdoberfläche in ihren Hebungen, Senkungen und der ganzen Art der Gebirgsbildung ist, auch für die Welt der Organismen auf der Erdoberfläche. — So schrumpfte sie doch zu einer äußerst geringfügigen Größe zusammen, sobald wir den Blick auf das große Ganze richten, besonders auf das immer noch so geheimnisvolle Innere der Erdkugel. So viele Beschreibungen der menschlichen Verstand auch vor diesem geheimnisvollen Bild aufführt, die Erdgöttin will den Schleier nicht fallen lassen, ja nicht einmal einen Zipfel lüften. Daher auch die vielen Widersprüche in den Ansichten der Erdphysiker und Astronomen hinsichtlich der Beschaffenheit des Erdinneren.

Der bekannte Astronom Flammarion vertrat die Ansicht, daß die Hauptmenge des Erdinneren unmöglich feurig-flüssig sein könne, da sie alsdann, wie Lord Kelvin auch einmal behauptet hat, den Gesetzen von Ebbe und Flut gehorchen müßte, dem Druck einer solchen inneren Flut aber selbst eine feste Kruste von 100 Kilometer Dicke nicht widerstehen können. Nach Lord Kelvins Theorie läge die Härte des Erdinneren zwischen der des Glases und der des Stahles, die Hauptmasse des Planeten wäre also völlig fest. Eine Bestätigung dieser Ansicht sieht der eben erwähnte Astronom Flammarion durch die neuere Erdbenenforschung gegeben. Bekanntlich pflanzt sich, wie die Seismogramme (die registrierenden Niederschriften der Erdbenenapparate) beweisen, ein Bebenstöße von seinem Entstehungsort bis zum gegenüberliegenden Punkte der Erdoberfläche mit der beträchtlichen Geschwindigkeit von mehr als 14 Kilometer in der Sekunde durch das Erdinnere fort, während die langsere Erdoberfläche fortwährenden Erdbenenwellen beträchtlich langsamere Bewegung zeigen. Eine Geschwindigkeit von 14 Kilometer in der Sekunde übertrifft aber die Fortpflanzungsgeschwindigkeit eines Stoßes in einer Flüssigkeit bei weitem, muß also in einem festen Erdinnere begründet sein. Da dieser Erdkern die Stöße mit so großer Geschwindigkeit fortplant, so läßt sich annehmen, daß Festigkeit und Elastizität des Erdinneren außerordentlich hoch sind und die des Stahles beträchtlich übertreffen.

Andererseits hat der Physiker Reyer und nach ihm Günther längt darauf hingewiesen, daß man auch ohne die Annahme eines wirklich festen Kerns auskommen könne. Nach der Theorie zu muß, nach Erdkern, der Druck stärker anwachsen als die Temperatur, so daß schließlich die ausdehnende Kraft der Wärme in bestimmter Tiefe durch den Druck besiegt wird. Von dieser Tiefe an bis zum Erdmittelpunkte muß das Innere sich wie eine feste Masse verhalten, bei der allerdings jede Verminderung des Druckes den starren Zustand wieder aufheben würde. Ähnliches vertritt die sogenannte Kontinuitäts-

theorie Günthers, die einen allmählichen Übergang durch alle Aggregatzustände, vom festen in der Erdkruste durch den flüssigen bis zum gasförmigen mit einer Temperatur des Zentrums von 100 000 Grad fordert, eine Temperatur, die durchaus denkbar ist. Bei dieser Höhe seien zwar alle Stoffe in Atome aufgelöst, verhielten sich aber trotzdem infolge des außerordentlich großen Druckes wie ein starrer unbeweglicher Körper. Mit der schnellen Fortpflanzung der Erdbenenwellen durch das Erdinnere läßt sich auch diese Annahme in Einklang bringen.

Auch die neuen Untersuchungen und Theorien, die neben dem mit der Tiefe zunehmenden Druck noch einen anderen Faktor, die Radioaktivität der Erdkugel, in Rechnung stellen, schaffen kein klares Bild. Die Ergebnisse werden ganz verschieden, je nachdem man annimmt, daß die Radioaktivität im ganzen Erdkörper im gleichen Maße verbreitet ist, wie in der Erdoberfläche, oder daß sie nur auf die Erdschale beschränkt ist. Die durch den Zerfall der radioaktiven Elemente erzeugten Wärmemengen wären je nach der Mächtigkeit der radioaktiven Außenschale imstande, an der unteren Grenze dieser Schale eine Höchsttemperatur von 3500—5000 Grad zu erzeugen. F. v. Wolff, der die vulkanischen Kräfte mit Rücksicht auf die radioaktiven Kräfte in der Erde betrachtet, hält, bei einem inaktiven (also unbeteiligten) Zustand des Erdkerns, weiter abwärts zunächst ein Abkühlen des Wärmegrades für recht wahrscheinlich. Da vulkanische Lavamassen Temperaturen von etwa 1000 Grad haben, so darf man für die sie speisenden Magmaherde unter Annahme des Wärmeverlustes beim Emporquellen der Lava vielleicht 2000 Grad Hitze annehmen, falls nicht der dort schon herrschende Druck den Schmelzpunkt erhöhen würde. Vor Erreichung des höchsten Schmelzpunktes, der in etwa 150 bis 200 Kilometer Tiefe liegen soll, würde es nach v. Wolffs Berechnung schon einmal zur Einschmelzung der Gesteine und damit zur Bildung einer Magmahaut in etwa 50 Kilometer Tiefe kommen. Zwischen diesen beiden Schmelzonen wäre eine feste kristallisierte Krustenschale anzunehmen, eine Annahme, zu der auf Grund ganz anderer Überlegungen auch schon andere Forscher gekommen sind.

Auf festeren Boden gelangen wir, wenn wir uns auf die Erdkruste allein beschränken. Ueber die Unvollkommenheiten im Gleichgewichtszustand der Erdschale, die sich durch das Abweichen vom Normalwert der Schwere verraten, berichtet Prof. H. Helmert, der Direktor des Erdmessungsinstitutes und des Zentralbüros für internationale Erdmessung. Die verschiedene Größe der Schwerkraft über verschiedenen Zonen der Erde hat zuerst zu der Annahme geführt, daß die Erde keine vollkommenere Kugel ist. Für jeden Punkt der Erdoberfläche läßt sich ein Normalwert der Schwere berechnen, d. h. der Fallbeschleunigung, die dort ein im luftleeren Raum fallender Körper in jeder Sekunde erleiden würde. Dieses normale

Verhalten der Schwere, das sich besonders auch bei Untersuchungen auf dem Meer gezeigt hat, und die Grundlage der Lehre vom Gleichgewichtszustand der Erdschichten bildet, erleidet jedoch mancherlei Abweichungen lokalen oder größerer Gebiete umfassenden Charakters, Abweichungen, die durch entsprechende Störungen der Lagerung der Massen in den äußeren Erdschichten erklärt werden. Da nun diese Erdkruste mit dem Erdinneren in einem Gleichgewicht sein soll, so muß sich unterhalb der Erdkruste eine Niveaufläche angeben lassen, auf welcher der Druck der darüber lagernden Massen für die Flächeneinheit überall gleich ist. Es müßte sich dann alle Störungen aus Höhenstörungen der Lagerung der Massen über dieser „Ausgleichsfläche“ erklären lassen. Dieses ist aber nicht immer möglich. Man muß für manche Fälle auch Horizontalverschiebungen der Krustenmassen annehmen.

Es gibt eine Reihe von in ein festes System gebrachten Abweichungen von dieser Hypothese, die in Beziehung zu den äußeren Formen der Erdoberfläche stehen. Ihre Gebiete sind die kleinen ozeanischen Inseln, die Nähe der Steilküsten des Meeres, die allgemeinen Erhebungen des Festlandes über das Meeresniveau, endlich die Berggipfel und Gebirgstäler, beziehungsweise Gebirgszüge.

Die Inseln zeigen eine zu große Schwere. Bei ihnen ist zwar eine gewisse Massenanhäufung anzunehmen, die Hauptvergrößerung der Schwere wird aber durch das Herausretzen der Inselmasse aus der Kruste herorgebracht. Am größten ist die Wirkung bei Inseln von ganz geringer Landmasse, weil hier die Wirkung der Steilhänge noch zu der der Inseln hinzukommt. Das genügt jedoch nicht bei den Hawaii-Inseln, wo eine beträchtliche Massenanhäufung stattgefunden haben muß, da die Schwereerhöhung hier rund 0,250 Zentimeter beträgt. Bei Korrika, Sizilien mit Ausnahme des Neapolitanischen und in Südbritannien dürfte der größte Teil der Schwereerhöhungen durch die Erhebung der Massen aus der Tiefe zu erklären sein.

An den Steilküsten der Festländer muß bestimmt eine Schwereerhöhung bestehen, die sich zu durchschnittlich 0,036 Zentimeter bestimmen läßt. Ueber dem Fuß eines Festlandsockels dagegen läßt sich eine Schwereerhöhung im entgegengesetzten Sinne erkennen. Auf dem Lande erzeugen nur die Berggipfel und Gebirgstäler Störungen, erstere positiver, letztere negativer Art. Am Rande großer Erhebungen, z. B. des zentralasiatischen Hochlandes, müssen ähnliche Erscheinungen wie an den Steilküsten des Festlandes, und zwar in verstärktem Maße auftreten. Demgemäß besteht z. B. nördlich von Kalkutta in Indien am Fuße des Himalayagebirges eine Abweichung von 0,128 Zentimeter, im Gebirge selbst aber 50 Kilometer von seinem Fuß entfernt, eine Fallbeschleunigung von 0,199 Zentimeter.

Horizontale Verschiebungen zeigen sich zuerst deutlich in den österrheinischen Alpen und Karpaten, wurden dann aber auch in den Schweizer Alpen und in Italien nachgewiesen. In Zentralasien ist

Die günstige Entwicklung der Steinmehlhütte in Berlin

Von den in Berlin bestehenden, im Verband sozialer Baubetriebe zusammengeschlossenen Unternehmungen, dürfte sich die Steinmehlhütte verhältnismäßig am besten entwickelt haben. Da die Steinmehlhütte G. m. b. H., Berlin, jetzt 10 Jahre besteht, ist ein Rückblick angebracht. Sie wurde im Jahre 1921 mit folgendem Zweck gegründet: Herstellung von Bau- und Grabmalarbeiten in allen Steinarten, auch in Kunststein. Gesellschafter sind: Verband sozialer Baubetriebe, Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Steinarbeiter, Bauwerksbund, Ortsverwaltung Berlin. Das Stammkapital betrug ursprünglich 30 000 Papiermark. Die Umstellung auf Goldmark erbrachte ein Stammkapital von 750 Mark. Dieses wurde wiederholt erhöht und bis auf 18 450 Mark gebracht. Die Entwicklung der Steinmehlhütte geht am besten aus den Umsatzzahlen hervor. 1925 war ein Umsatz von 48 900 Mark zu verzeichnen. Im Jahre 1928 war bereits eine Verdoppelung auf 102 884 Mark eingetreten. 1929 war ein Umsatz von 132 002 und 1930 ein solcher von 305 700 Mark zu verzeichnen. Es ist also in 6 Jahren eine Verzehnfachung des Umsatzes eingetreten. Dazu trat noch ein von Jahr zu Jahr steigender Umsatz in der Grabmalherstellung. Dieser betrug 1926 11 000 Mark, 1929 40 000 Mark und 1930 58 000 Mark. Ein Gesamtumsatz von rund 364 000 Mark ist für ein Unternehmen der Steinmehlhütte sehr beachtlich. Im Jahre 1925 wurden 19 000 Mark und 1930 51 307 Mark Löhne gezahlt. Die Steinmehlhütte konnte bis 1930 17 500 Mark an Rückstellungen vornehmen. Sie konnte diese Entwicklung nur erreichen, indem sie Qualitätsarbeit leistet. Die Arbeiten am Bundeshaus des NSDAP, am Buchdruckerhaus, am Hause des Metallarbeiterverbandes, am Bundeshaus des Bauwerksbundes, für die Konsumgenossenschaften Berlin, für die verschiedensten Zweige der Stadt Berlin usw. haben der Steinmehlhütte den Ruf eines auf Beste Ausführung eingestellten Unternehmens gebracht. Die Denkmalsabteilung hat für Behörden, Vereine und Private Arbeiten zur größten Zufriedenheit ausgeführt. Die letzte große Arbeit war das Denkmal für den leider so früh verstorbenen Genossen Hermann Müller-Franken. Durch erhöhten Umsatz ist die Steinmehlhütte in die Lage gekommen, in der Gerichtsstraße 48 und in der Seestraße 59 je ein Grabmalgeschäft zu eröffnen. Dadurch haben die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten dieser Gegenden Gelegenheit, Bestellungen dort aufzugeben, Rat einzuholen usw. Alles dies zeigt, daß die Steinmehlhütte, selbst in einer schwierigen Zeit, erfolgreich zu arbeiten vermochte. Man darf als sicher annehmen, daß auch die weitere Zukunft dieses gemeinnützigen Unternehmens gesichert ist und jeder, der dazu in der Lage ist, sollte die Steinmehlhütte in diesem Vorjahre unterstützen.

Lügen der RGD.

Seit einigen Wochen läuft durch die kommunistische Presse eine Mitteilung über die erfolgreiche Abwehr eines 15prozentigen Lohnabbaues durch die RGD. Im Steinbruchbetrieb der Firma Bell, Rammelsbach, der angeblich in Baden liegt. Dieselbe Mitteilung bringt in seiner Mitte-November-Nummer „Der Pionier“, das Reichsorgan der RGD. Dabei werden auch die hervorragenden geographischen Kenntnisse des Berichterstatters und der RGD-Redakteure offenbart; denn Rammelsbach, das bekanntlich in der hessischen Pfalz liegt, wird schlankwegs als badisch bezeichnet. In derselben Nummer des „Pionier“ befindet sich eine weitere Mitteilung über einen angeblichen Steinarbeiterstreik in Demitz-Thumitz. Es ist bereits sprichwörtlich, daß die Berichte der RGD- bzw. KPD-Zeitungen immer das Gegenteil des wirklichen Tatbestandes enthalten, deshalb sind Widerlegungen nicht notwendig. Trotzdem soll ausnahmsweise auf die beiden Berichte einmal eingegangen werden. Die Verdrehung der wirklichen Tatsachen ist in beiden Fällen derart kraß, daß sie festgehalten werden muß, damit jene Kollegen, die die Berichte gelesen und keine Möglichkeit haben, die Praxis der RGD zu verfolgen, sich ein Urteil über deren Wirken und Wert verschaffen können. Wie sind die Tatsachen?

Für die gesamte Pflaster- und Schotterindustrie der Pfalz bestand bis zum 30. September 1931 ein einheitlicher Bezirkslohntarif. Der Tarifträger auf Arbeitgeberseite hat sich im Frühjahr während der schwebenden Mantelvertragsverhandlungen auf Grund der „berühmten Tariffreundlichkeit“ der Arbeitgeber aufgelöst. Dieser Zustand wurde von einzelnen pfälzischen Arbeitgebern benutzt, den Kollegen in der zweiten Oberhälfte verringerte Lohnsätze anzubieten. Der gleiche Vorgang spielte sich bei der Firma Bell in Rammelsbach ab, die in einer Belegschaftsversammlung die Verringerung der Lohn- und Affordsätze um 10 bis 15 Prozent verlangte. In der Betriebsausprache darüber wurde die Forderung auf 7 Prozent reduziert. Die Belegschaft, die zur

Hälfte aus unseren Verbandsmitgliedern besteht, lehnte diese Forderung der Firma einmütig ab, worauf die Reduzierung um eine Woche zurückgestellt wird. Tatsächlich zeigt jedenfalls die Veranlassung zu der vorerwähnten Mitteilung, die selbst von den wenigen Rammelsbacher RGD-Anhängern als lächerlich bezeichnet wird. Tatsächlich zeigt dieser Vorgang, daß die Mitteilung eine bewußte Lüge ist, nur um sich bei nicht unterrichteten Arbeitnehmern in ein günstiges Licht zu setzen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Steinarbeiterstreik in Demitz. Die Firma, gegen die sich dieser angebliche Streik richtete, hat, wie manche andere Firma, unter Geldmangel zu leiden. Die Forderung der RGD, die Auszahlung der Forderungsbeträge wurde deshalb immer wieder hinausgeschoben. Die Geldknappheit war weiter Veranlassung, daß in einem Betrieb am 20. Oktober die Löhne nicht restlos zur Auszahlung gebracht wurden. Zwei RGD-Anhänger veranlaßten daraufhin 12 Kleinfabrikantenlager zur Arbeitsniederlegung, obwohl die Firma in ihren übrigen Betrieben noch immer einige hundert Kollegen beschäftigte. Jeder verantwortungsbewußte Funktionär würde von vornherein von einer solchen unterverantwortlichen Handlungsweise die Finger gelassen haben. Anders jedoch die RGD-Funktionäre, die ohne jedes Verantwortungsbewußtsein solche Sinnlosigkeiten verheerlichen und als große Tat hinstellen. Die Gewinnlosigkeit in diesem Falle ist deshalb so besonders groß, weil bereits vor Einsetzen dieser „Aktion“ die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte durch ihr Eingreifen die restlose Auszahlung der Löhne geübt hatten.

Den falschen Behauptungen der RGD, sollen jedoch einige Tatsachen entgegengesetzt werden, um ihre Erfolge ins richtige Licht zu setzen. Als bei der vorerwähnten Firma die Verhandlungen der Betriebsräte und der Verbandsvertreter über die Forderungsbeträge zu keinem befriedigenden Erfolge führten, wurde kurzerhand für etwa 250 Kollegen der Klageweg beschritten. Nunmehr glaubten auch die RGD-Apostel handeln zu müssen, indem sie ebenfalls Klage antrugen. Bei den Verhandlungen zeigte sich allerdings, daß zwischen Schimpfen und praktischer Arbeit ein himmelweiter Unterschied besteht. Während die einheitliche Verbandsklage in einer vierstündigen Verhandlung zu einem vollen Erfolge führte, machte sich bei der RGD-Klage infolge des fehlerhaften und mangelhaften Klageantrages und der unsicheren Vertretung fünf Teilverhandlungen notwendig. Der unsicheren Vertretung der RGD ist es zu verdanken, daß trotz des gleichen Tatbestandes mit der Verbandsklage zwei Urteile ergingen, die in der Auslegung höchst gefährlich sind für die Kollegen. Die Firma hat dann auch die Begründung des Gerichts, die der RGD-Klage galt, benutzt zur Berufungseinlegung gegen das Urteil in unserem Falle. Laut Urteil hatte sie rund 15 000 Mark zu bezahlen. Auf Grund der Geldknappheit und vor allem aus der Tatsache heraus, daß infolge der Berufung und eventueller Revision die Kollegen noch länger auf die Beiträge warten müssen, wurde nachträglich eine Vereinbarung mit der Firma getroffen, nach der sie sich verpflichtete, die Forderungsbeträge ratenweise zur Auszahlung zu bringen. Dabei wurden allerdings im Einverständnis der Kläger auf etwa 14 Prozent verzichtet. Letzteres aber nur deshalb, weil die RGD-Strategen bereits 45 Prozent der Forderungen hatten ausfallen lassen.

Neidlos soll aber anerkannt werden, daß in einem anderen Falle die RGD die Belegschaft der Steinbruch-Firma Göttel & Sied am Remigiusberg bei Rammelsbach am 2. November zum Streik geführt hat. Die Vorbereitungen hierzu waren so vorzüglich, daß der Streik bereits nach fünf Tagen restlos zusammenbrach. Während unsere Kollegen trotz des unverantwortlichen Treibens der RGD nach den statutarischen Bestimmungen unterstützt wurden, warten die RGD-Anhänger noch heute auf ihre Unterstützung, sowie auf die Einlösung der sonstigen Versprechungen.

Diese wenigen Gegenüberstellungen der RGD-Praxis lassen deren Gewerkschaftspolitik klar erkennen. Es kommt ihr nicht auf praktische Arbeit an, sondern nur auf die Schwächung der Arbeiterschaft. Sie ist sich bewußt, daß sie ihre Existenz nur der organisatorischen Spaltung der Arbeiterschaft verdankt, die sie planmäßig fördert und ohne Rücksicht durch die unverantwortlichen Handlungen nur allein das scharfmacherische Unternehmertum damit stützt. „Die Deutsche Arbeiterzeitung“ hat dies längst eingesehen, denn sie schrieb anlässlich des letzten Bergarbeiterstreiks: „Eines der wesentlichsten Ziele der kommunistischen Kuppelaktion war die Schwächung der Gewerkschaften, die die Möglichkeit für die Bildung einer eigenen Einrichtung geben sollte.“

Daran hat sich allgemein bis heute noch nichts geändert. Die RGD bleibt infolge ihrer sinnlosen Handlungen nach wie vor eine Hilfsarmee des Unternehmertums. Letzteres wird selbst von der Reichsleitung der RGD, Gruppe Metall, in einer Entschließung zugestanden, die in Nr. 8, 1931, des Metallblatts veröffentlicht wurde, und sinngemäß zusammengefaßt folgendes besagt:

„Die RGD ist eine Bewegung, in der alles plan- und systemlos vor sich geht, deren Anweisungen selbst von den eigenen Funktionären und Mitgliedern nicht befolgt werden, die weder in den Betrieben noch in den Massen verankert ist, die ohne genügende Vorbereitung Streiks inszeniert und die Arbeiter schonungslos um die Existenz bringt, hinter der niemand steht, der die Verantwortung übernimmt, deren Presse die Arbeiter beschwindelt, indem sie behauptet, daß die RGD die proletarischen Kämpfe führt und die Einheitsfront der Arbeiterschaft herbeiführen will, obwohl sie in Wirklichkeit beitreibt ist, die erprobten und bewährten Organisationen zu zerschlagen.“

Dieser Selbstkritik haben wir nichts hinzuzufügen. Darum, Kollegen, die Augen auf, zeigt den RGD-Agitatoren, daß ihr nicht gewillt seid, eure kampferprobte Organisation zerschlagen zu lassen.

Berlin. In der gut besuchten Vierteljahresgeneralversammlung am 4. November 1931 wies der Koll. Ritsche in seinem Bericht nach, daß sich die Arbeitsmöglichkeit für die Kollegen von Monat zu Monat verschlechtert, und daß auch für die nächste Zukunft wenig Aussicht auf eine Besserung bestehen. Wegen dieser Verhältnisse mußte die Ortsverwaltung wie bisher ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten richten, die aber wegen der fehlenden Geldmittel bei Behörden und Privaten leider wenig Erfolg hatten. Vollen Erfolg hatten aber die Bemühungen der Abwehr von Durchbrechungen der Tarifverträge seitens der Arbeitgeber, die die Notlage der Kollegen ausnutzen wollen, billiger Arbeitskräfte zu beschaffen und den Arbeitsnachweis auszuüben. Aber auch von unseren Kollegen wurde vereinzelt gewünscht, indem sie, ohne Rücksicht auf die Erwerbslosen, auf einzelnen Stellen Überstunden leisteten. Wir haben darauf hingewirkt, daß diese Stunden nachträglich „abgemumelt“ werden. Auf anderen Stellen mußten wir wieder Front gegen die Wählerreihen der RGD machen, die sich immer mehr als Schädling der Arbeiterschaft entpuppt. — Koll. Martens gab eine Uebersicht vom Stand der Ortskasse, die auch in diesem Vierteljahr wieder um 2000 Mark zurückgegangen ist. Der Verlust entstand vor allen Dingen durch den Ausfall der vollen Beiträge, weil der größte Teil der Kollegen langfristig erwerbslos ist und durch die erhöhten Zumbendungen, die an arbeitslose Kollegen gemacht wurden. Der Verlust an Mitgliedern ist eine Auswirkung der schlechten Wirtschaftslage, wodurch eine ganze Reihe Kollegen, besonders Hilfsarbeiter, in andere Berufe abwanderten. In der kurzen Diskussion über den Geschäftsbericht wurden Ausschlußanträge gegen die Koll. Kuske und Schemenstki wegen organisationswidrigen Verhaltens gestellt. Der erstere wurde angenommen, der zweite dem Vorstand zur weiteren Prüfung überwiesen. — Beim zweiten Punkt der Tagesordnung hielt Gen. Schlimme einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: „Wohin der Weg?“ — Ausführlich schilderte

er die Zusammenhänge der Weltwirtschaft. An zahlreichen Beispielen wies er nach, wie durch die Schutzzölle eines Landes erstmals der eigenen Bevölkerung die Lebenshaltung enorm verteuert wird, zum zweiten aber auch durch die Gegenmaßnahmen der anderen Staaten die Exportmöglichkeit und damit wieder die Produktion unterbunden wird, wodurch wiederum große Massen der Arbeiterschaft auf die Straße gesetzt werden. Wenn dann noch durch falsche Rationalisierungsmaßnahmen und Investitionen weitere Entlassungen erfolgen müssen, dann vermindert sich die Kaufkraft im eigenen Lande und zieht dieses weitere Stilllegungen nach sich. Die nächste Folge ist, daß der Lebensstandard der Bevölkerung ungeheuer herabgedrückt wird, es werden nur die lebensnotwendigsten Artikel gekauft, die Industrie wie die Landwirtschaft werden ihre Produkte nicht los, die in den Betrieben festgelegten Kapitalien und Hypotheken müssen aber verzinst und verpfändet werden, und eine weitere Verhäufung greift Platz. Der Ausfall der Steuern auf der einen Seite und die zu zahlenden Unterhaltungen auf der anderen, lähmen in erster Linie die staatlichen und kommunalen Körperschaften, die in normalen Zeiten als wichtigste Arbeit vergebende Stellen eine große Rolle spielen. Auch hier kommt es zu Notgedrungen zum Personalabbau und Entlassungen, so daß die Not immer größeren Umfang annimmt, wie wir sie augenblicklich im schrecklichen Ausmaß sehen. — Gegen diese Entwicklung haben die Arbeitgeber immer nur ein Heilmittel, nämlich Lohnabbau. Daß dadurch die Kaufkraft des Volkes weiter unterbunden wird, geht ihnen nicht in den Kopf. Wir als Arbeitnehmer stellen dem die Forderung auf radikale Verkürzung der Arbeitszeit entgegen, um zu erreichen, daß recht viele Arbeitnehmer wieder in den Produktionsprozess kommen. Dadurch wieder kaufkräftig werden und konsumieren können. Sowie die Arbeitslosen in Arbeit kommen, fallen die Unterhaltungen weg und es werden Mittel zu weiteren Arbeiten frei. Diese Ziele können nur im schweren Kampf gegen das Unternehmertum erreicht werden, und es ist dazu eine geschlossene Arbeiterschaft notwendig. Aus diesem Grunde richtete der Referent in seinen Schlussausführungen an die Kollegen die dringende Mahnung, allen Zerstörern der Einigkeit schärfstens entgegenzutreten. — Wegen der vorgerückten Zeit wurde gegen nur wenige Stimmen von einer Distinktion Abstand genommen. — Unter „Verschiedenes“ fand eine Entschließung einstimmige Annahme, in der von den Regierungen gefordert wird, darauf hinzuwirken, daß endlich in der Abriistungfrage positive Arbeit geleistet werde, weil sonst eine Befriedigung der Völker nicht zustande kommt, was der Wiederangliederung der Weltwirtschaft von größtem Schaden ist. — Nach Erledigung einiger örtlicher Fragen wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Süßlich i. Sa. Ueber die ungewöhnliche Härte die in der Wartezeit der staatlichen Erwerbslosenunterstützung verankert ist, wird uns von Kollegen R. Th. mit der Bitte um Veröffentlichung geschrieben:

Wie allgemein bekannt ist, haben alle Arbeitnehmer, die das Unglück haben, erwerbslos zu werden, eine Wartezeit von 21, 14 oder 7 Tagen durchzumachen, je nach ihrem Familienstand, ehe sie ihre erste Unterstüzung erhalten. Und wer während einer Unterstüzungperiode zwischenhinein 36 oder mehr Tage Arbeit erhält, der hat den zweifelhaften Vorzug, wiederum die bewußten Tage zu warten — und den Riemen enger zu schnallen. Von dieser bitterharten Maßnahme wird ein großer Teil unserer Volksgenossen im Laufe eines Jahres mehrfach betroffen. Ohne Zweifel wirken diese Bestimmungen verberbernd und aufreißend. Denn, daß während einer kurzen Beschäftigung von 6 oder 8 Wochen ein Arbeiter sozial erübrigt, um davon ein paar Wochen leben zu können, dürften nur noch Einfaltspinnler glauben. Andererseits ist aber heute die Situation so, daß bei plötzlichem Wegfall der Wartezeiten den betreffenden Klassen der Atem noch früher ausginge. Ueber dieses Problem gehen die Meinungen weit auseinander und wird auch Abhilfe angestrebt. Das sogenannte „Kriempersystem“ scheint geeignet, eine Basis zu werden von wo das gesamte Arbeitslosenproblem aufgerollt werden kann. Natürlich braucht eine derartige, unwahrscheinliche Neuerung Zeit zur Entwicklung und Ausreifung. Bis dahin muß eine Zwischenlösung gefunden werden. Die eingeführte Kriempersystem allein tut's nicht, schon aus dem Grunde, weil es in Deutschland eine große Zahl Volksgenossen gibt, welche die Arbeitslosen-, Kriempersystem- und Wartezeitunterstützung als Sozialversicherungsleistungen bezeichnen. Für solche Leute wäre es ganz gut, wenn sie im Laufe eines Jahres alleinst die Wartezeit auch durchmachen müßten, vielleicht verstimmt dann ein Teil der Lastermäuler. Und wenn ich in der deutschen Gesetzgebung maßgebend wäre, müßte demnach jeder deutsche Einwohner von einer bestimmten Freigrenze aufwärts und der Voraussetzung, daß er ein volles Jahr Beschäftigung oder Einkommen hatte und noch weiterhin haben wird, dieses Einkommen von 21, 14 oder 7 Tagen an die Reichsanstalt abzuführen. Die Landwirte und Geschäftsinhaber auf Grund ihres Bestandes oder Umsatzes evtl. in Naturalien. Dieses Opfer, von allen Bevölkerungsteilen gebracht, würde die Arbeitslosen ein wenig mit ihrem Schicksal ausöhnen, weil die Unterstüzung besser sichert und schließlich auch etwas erhöht werden könnte, zum andern aber die besserstehenden Volksteile einen Blick in die Grausamkeit der Wartezeit tun lassen.

Glashütte (Sachsen). In der Nacht vom 19. zum 20. November ist das Sprengstofflager eines hiesigen Sprengstoffhändlers erbrochen und daraus 10 Kilogramm Ammoniumperisulfat und 644 Sprengkapseln gestohlen worden. Es soll dies bereits der zwanzigste Sprengstofflagererubus im Jahre 1931 in dem östlichen Teile Sachsens sein. Die Kriminalpolizei hat für die Ergreifung der Täter eine Belohnung in Höhe von 500 Mark ausgesetzt.

Im Freistaate Sachsen werden an den Bau der Sprengstofflager in bezug auf die Einbruchssicherheit schon weit höhere Anforderungen gestellt als in den meisten anderen deutschen Ländern. Für die Verwalter der erbrochenen Sprengstofflager hat der Einbruch eine genaue Untersuchung über ihre Pflichten zur Folge. Kleine Versehen oder Nachlässigkeiten können sich da sehr zum Nachteil der Lagerverwalter, Sprengmeister usw. auswirken. Achtet daher stets auf einen guten baulichen, möglichst einbruchssicheren Zustand eures Sprengstofflagers. Verschließt das Lager sorgfältig und behaltet die Schlüssel bei euch. Führt das nach § 27 der Bundesbestimmungen über den Verkehr mit Sprengstoffen vorgeschriebene Verausgabebuch (Datum, Menge der Sprengstoffe in Kilogramm oder Anzahl der Patronen mit Angabe der Sprengstoffsorte, Herstellerin, Jahreszahl, Kistennummer und je nach der Fassung Angabe der Paketnummer oder der Patronennummer, Anzahl der Sprengkapseln, eigene Unterschrift, bei mehreren Sprengmeistern Angabe des Empfängers). In einigen Ländern (z. B. Preußen, Baden) sind hierzu besondere Vorbrude zu benutzen. Andere Länder (z. B. Sachsen) haben ihre Aufsichtsbeamten angewiesen, auch die Angabe des Zuganges an Sprengmitteln in den Büchern zu fordern. Um schnell abrechnen zu können, sind Zugang und Abgang in besonderen Spalten einzutragen. Das Buch ist außerhalb des Sprengstofflagers aufzubewahren. Braucht Sprengstoffe und Sprengkapseln vor Betriebsstillständen vollständig auf. Lagert geringe Restmengen oder wenigstens die Sprengkapseln, aber nur mit schriftlicher Genehmigung der Behörde, innerhalb der Ortschaften an überwachten, diebstahlsicheren Orten. Zeigt alle Sprengstoffdiebstähle der Polizei an, denn sonst könnt ihr leicht in den Verdacht kommen, daß ihr eure Hand mit im Spiele habt.

Es ist Pflicht aller Sprengmeister und Steinbrucharbeiter, alles aufzubieten, um den jetzt so häufigen Sprengstofflagererubrischen zu begegnen. Denn die Leittragenden sind letzten Endes ihr, da zu befürchten ist, daß die Vorschriften über den Verkehr mit Sprengstoffen noch verschärft werden, und selbst geringe Verstöße gegen die Vorschriften streng bestraft werden.

im Gebiete von nördlich vom Pamirplateau, dem sogenannten Dach der Welt, ein Streifen von 500 Kilometer Breite und der dreifachen Länge eine Störung von 0,106 Zentimeter nachgewiesen, die selbst auf der Höhe des Pamirplateaus noch 0,068 Zentimeter beträgt. Hier müssen Massen fehlen, die vielleicht durch einen Teil der Massen des tibetianischen Hochlandes ausgeglichen werden. Doch wären dazu Horizontalverschiebungen von tausenden von Kilometern anzunehmen. Auch andere Gebiete Asiens zeigen negative Störungen, während hervorragend positive Gebiete, abgesehen von der Küstennähe Gegend und Japan als Insel, fehlen.

Dagegen herrscht in weiten Gebieten Europas positive Abweichung vor. So zieht sich z. B. ein mindestens 1000 Kilometer breiter und mehr als viermal so langer Streifen von England bis zum Ural, England, Schottland, Dänemark und Norddeutschland von 8 Grad bis 16 Grad östlicher Länge zeigen eine Abweichung von 0,040, das Uralgebiet von 0,070 Zentimeter. Sarz und Riesengebirge sind nicht im mindesten unterirdisch ausgeglichen. Die Abweichung beträgt hier 0,140 Zentimeter. Nördlich davon, so z. B. in Norwegen, scheinen Störungen im entgegengesetzten Sinne vorzuliegen.

So liegen also in der Erdrinde Massenanhäufungen und Fehlbeiträge vor, die Schichten von mehreren 100 Meter Dicke entsprechen und Abweichungen von der oben angeführten Theorie darstellen. Diese Dicke ist zwar im Vergleich zu der Mächtigkeit der Erdkruste gering, sogar außerordentlich gering. Es fragt sich aber dennoch, ob zur Herstellung des Gleichgewichtes die Annahme einer etwa 30 Kilometer starken Kruste ausreicht, die auf einer sehr nachgiebigen Magma (also zähflüssigen) Schicht ruht. Vielleicht ist auch eine weit stärkere Kruste anzunehmen, oder es ist für diese Magmaschicht ein andersgearteter, ein elastischer Widerstand, vorauszusetzen, der erst im Laufe einer vielhundertjährigen Beanspruchung zum Weichen gebracht wird. Wenn letztere Annahme richtig ist, so wird eine Krusteausdehnung mit überall gleichem Drucke sich überhaupt nur annäherungsweise, bald höher, bald tiefer, in einiger Tiefe unter der festen Erdrinde finden.

Wie aus diesen Ausführungen schon ersichtlich, ist die Erforschung des Erdinnern auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die z. T. wiederum auf unendlich feinen Messungen physikalischer Kräfte, wie der Schwerkraft, ausgeübt in der Beschleunigung beim freien Fall, beruhen. Ob man überhaupt mit derartigen Hypothesen auf dem richtigen Wege ist, die Beschaffenheit des Erdinneren von der äußeren Erdkruste her zu bestimmen, ist mehr als fraglich. Immerhin verlangt die Erforschung der Beschaffenheit unserer Erde als Naturwissenschaft ihrer selbst halber, daß man keine noch so unsichere Theorie unbenukt läßt, dem uralten Problem näher zu kommen, wie es unmittelbar unter der Oberfläche unseres Planeten und erst recht, wie es im Inneren desselben aussehen mag. Dr. Hbg.

Rundschau

Billige Nahrungsmittel und Brennstoffe für Erwerbslose. Wie die Reichsregierung erklärte, beabsichtigt sie zur Verbilligung des Kohlenbezugs der Erwerbslosen beizutragen. Hierzu sollen 12 Millionen Mark bereit gestellt werden. Bei den Kartoffeln sollen die Erwerbslosen mit etwa 90 Pfennig je Zentner im Vorteil sein. Der Brotpreis soll ebenfalls gesenkt werden. Für die Fleischverbilligung, die im Ausmaß von 30 Pfennig je Pfund Fleisch erfolgen soll, werden 15 Millionen Mark in Aussicht genommen. Hoffentlich bleiben dies alles nicht nur leere Versprechungen.

Zusätzliche Beistellungen aus der Amnestie-Anleihe. Die deutsche Regierung hat bekanntlich den Versuch gemacht, verschobene Gelder in Form einer Anleihe zurückzuholen. Den Zeichnern wurde Amnestie verprochen. Es wurden insgesamt 250 Millionen Mark gezeichnet. Diese werden der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zwecks zusätzlicher Beistellungen zur Verfügung gestellt. Die Aufträge sind nunmehr in folgender Weise vergeben worden: Eisen- und Stahlindustrie 52, Maschinenbau 59, Industrie der Steine und Erden 17, Bauwesen 94, Elektroindustrie 5, Holzgewerbe 8, zusätzlicher Lohnaufwand der Reichsbahn 15 Millionen Mark. Wie man sieht, ist das Baugewerbe besonders bedacht worden, weil es darin schlimm aussteht. Diese Aufträge sollen 150 000 Arbeitern auf die Dauer von 6 Monaten Beschäftigung geben.

Der Film vom Marxismus „Des Heiliges Schwert“. Wir werden vom Film- und Lichtbilddienst, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, auf diesen Film aufmerksam gemacht, der sich inhaltlich wie folgt aufbaut:

Die Einführung bietet eine kurze Spielhandlung, die zeigen will, daß heute, obgleich überall vom Marxismus die Rede ist, nur sehr wenige wissen, was denn eigentlich der Marxismus ist. Die Spielhandlung leitet über in den ersten Abschnitt: Weltall und Leben, der dem Zuschauer zunächst den kosmisch-biologischen Rahmen des gesellschaftlichen Geschehens zeigt.

Im nächsten Teil wird dann triadisch die Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Lebensprozesses erläutert, d. h. der Zusammenhang zwischen der ökonomischen Basis und dem ideologischen Oberbau der Gesellschaft.

Daran schließt sich die historische Entwicklung, der weitaus umfangreichste Teil, der dem Betrachter die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft demonstriert. Die Gesetzmäßigkeit des Gesellschaftsbaus wird dargelegt, sie läßt die klassenlose sozialistische Gesellschaft als das geschichtlich notwendige Ziel der proletarischen Klassenbewegung erkennen.

Mit diesem Film wurde der Gedanke einer filmischen Gestaltung der gesellschaftlichen Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels zum ersten Male praktisch verwirklicht.

Ein illustrierter Prospekt wird auf Anforderung kostenlos übersandt. Der Film hat 4 Akte, 1589 Meter und ist jugendfrei. Die Leihgebühr beträgt: 1 Tag 40 M., 2=70 M., 3=95 M., 4=115 M., 5=130 M., 6=140 M. Der Verleih findet nur durch den Film- und Lichtbilddienst statt.

Wanderer, Jugendherbergsfreunde, aufgepaßt! Denkt daran, daß mit Jahreschluss eure DSV-Mitgliedsarten, Bleiben ausweise und Führerausweise ungültig werden! Erneuert sie rechtzeitig, möglichst schon in diesem Jahre. Wartet nicht, bis ihr eure Fahrt antreten wollt! Dann habt ihr keinerlei Schwierigkeiten.

Zum 1. Februar 1932 erscheint ein neues Reichs-Herbergsvorzeichnis. Bestellt es euch frühzeitig, damit ihr eure Fahrten in Ruhe vorbereiten könnt!

Solltet ihr noch nicht dem Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen als Mitglieder angehören, dann holt das schnell nach. Jugendliche können die Mitgliedschaft zum halben Beitragssatz erwerben.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

- Sonnabend, 12. Dezember.
- In München um 19 Uhr im Nebenzimmer des Gewerkschaftshauses.
- Sonntag, 13. Dezember.
- In Potsdam um 9 Uhr im Volkshaus.
- In Hirschberg um 14 Uhr in der alten Hoffnung. Mitgliedsbuch mitbringen; Auszahlung der Wohlfahrtsgelder.
- In Kolberg um 9 Uhr bei Gucke, Stettiner Straße.
- Montag, 14. Dezember.
- In Dresden um 17 Uhr, alle Branchen im Volkshaus.
- Sonntag, 20. Dezember.
- In Berlin, Steinschlager um 10 Uhr bei Sorgak, Uferstraße 12. Mitgliedsbuch mitbringen.

Steinfeger und Berufsgenossen, 3. Gau. Landeskonferenz in Zwidau. Lokal und Tagesordnung werden den Zahlstellen noch durch Rundschreiben von der Gauleitung mitgeteilt.

Schwarzenbach a. Saale. Die Firma Morgeneier & Schöner hier am Ort mutet den Steinarbeitern zu, 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Dort Streik! Kein Kollege werde zum Streibreaker.

Bremen. Der Steinsehbetrieb Karl Buchmüller ist gesperrt, der Betriebsinhaber hat u. a. die Wohlfahrtsbeiträge der Kollegen nicht abgeführt.

Verlässliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt in **Wernigerode.**

Bezirk Hannover. Soweit die Wohlfahrtsbücher (Steinsehbetriebe) noch nicht abgeliefert sind, müssen diese schnellstens an Hh. Bed. Hannover, Mathildenstraße 14, II, gesandt werden. Die Ablieferung des Wohlfahrtsnachweises gilt als Antragstellung. Als letzter Termin ist der 28. Dezember festgesetzt. Nach diesem Zeitpunkt werden Anträge auf Auszahlung von Wohlfahrtsgeld nicht mehr berücksichtigt. Die Auszahlung findet statt: Mittwoch, 16. Dezember, und Mittwoch, 30. Dezember ab 18 Uhr im Versammlungsort H. Mintz, Warstraße 20.

Bezirk Oberschlesien, Auszahlung der Wohlfahrtsgelder. Dem allgemeinen Wunsch der Mitglieder Rechnung tragend, erfolgt die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder bereits am 20. und 21. Dezember. Den Zahlstellen werden die Beträge per Post zugeföhrt, daß also die Möglichkeit vorhanden ist, innerhalb der Zahlstelle noch vor Weihnachten zu zahlen. — Die reibungslose Auszahlung kann nur dann erfolgen, wenn alle Zahlstellen in Bezirk dafür Sorge tragen, Wohlfahrtsbuch und Verbandsbuch in ordnungsmäßigem Zustande bis zum 15. Dezember an die Kassenstelle: Heinrich Graf, Gleiwitz, Tarnowitzer Landstraße 69, eingesandt werden. Die Gelder der Kollegen, deren Verbandsbücher Läden aufweisen, die keine Verbandsbuch haben, warten mit der Erledigung bis zum 27. Dezember. Am gleichen Tage erfolgt eine allgemeine Kontrolle durch die Kommission und dem Gauleiter.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Peisterwitz das Verbandsbuch Nr. 8924 für Richard Riedel, Steinfeger.

Bolkschulheim Dreißigader bei Meiningen. Das Bolkschulheim Dreißigader eröffnet am 15. Januar 1932 einen Kurs für Männer im Alter von etwa 20 bis 30 Jahren, der bis zum 15. März 1932 läuft. Anmeldungen mit kurzem Lebenslauf sind möglichst umgehend an die Heimleitung des Bolkschulheimes Dreißigader bei Meiningen in Thüringen zu richten. Als Kursgebühr werden für den gesamten Kurs, wenn nicht staatliche oder städtische Beihilfen gewährt werden, 40 Tagelöhne gefordert. Das Mindestschulgeld beträgt 100 Mark, einschließlich Kost, Wohnung, Heizung und Licht.

Arbeitslose können das Mindestschulgeld durch die Erwerbslosenunterstützung begleichen und müssen sich zu diesem Zwecke an das heimatische Arbeitsamt wenden. Dazu ist eine Bescheinigung nötig, die von der Heimleitung erhältlich ist. Im Falle von Schwierigkeiten werde man sich an die Heimleitung. Die Reisekosten werden auf die Hälfte ermäßigt. Prospekte durch die Heimleitung.

Das Eldorado des Finanzkapitals. Einen Beweis für die Umwälzung in der Weltwirtschaft bietet die Entwicklung der Banken und Finanzgesellschaften in der Schweiz. Seit Menschengedenken ist die Schweiz das Eldorado des Finanzkapitals. In keinem Lande werden so niedrige Kapitalsteuern erhoben als hier. Deshalb auch der Zug des freien Kapitals nach der Schweiz, wie die Motten nach dem Licht. Kein Wunder daher, daß das Bankwesen der schweizerischen Volkswirtschaft eine gute Stütze bietet. In der kleinen Schweiz gibt es gegenwärtig 313 Bankinstitute, wozu noch die zahlreichen international bedeutsamen Finanz-, Kontroll- und Holding-Gesellschaften kommen. Die Gesamtbilanzsumme der Schweizer Banken ist von 6 Milliarden Fr. im Jahre 1906 auf 22 Milliarden Fr. im Jahre 1930 gestiegen. Die Gewinne beliefen sich vor 25 Jahren auf 94 Mill. Fr. und im Jahre 1930 auf 377 Mill. Fr. Die Bilanzsumme hat sich also mehr als verdreifacht, und die Gewinne haben sich vervierfacht. Zu dieser Entwicklung hat die Kapitalflucht in den Großstädten nicht wenig beigetragen. Wie Wasser sich an tiefliegenden Stellen sammelt, so das Kapital dort, wo es sicher ist und wenig versteuert wird. Die Entwicklung des schweizerischen Bankwesens ist ein lehrreicher Ausschnitt aus der veränderten Weltwirtschaft.

Lebensmittelpreise in Rußland

Der Propagandaapparat der 3. Internationale verbreitet in der ganzen Welt die Mär, daß es dem russischen Arbeiter mindestens nicht schlechter geht, als den Industriearbeitern in anderen Ländern. Da es in Rußland keine Arbeitslosigkeit gäbe, wäre allen Arbeitern und Angestellten in Rußland ein angemessener Lebensstandard gesichert. Es kommt jedoch nicht auf die Höhe der ausgezahlten Verdienste an, sondern darauf, welche Mengen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen sich jemand für die erhaltene Lohnsumme zu kaufen vermag. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der russischen Industriearbeiter beträgt 1046 Rubel. Das sind etwa 84 Rubel je Monat. Der russische Arbeiter und Angestellte hat die Möglichkeit, aus den staatlichen Genossenschaftsläden die lebensnotwendigen Produkte zu beziehen. Diese sind aber nach den Aussagen vieler Rußlandreisender keineswegs ausreichend, um Bedürfnisse zu befriedigen, die über die Wünsche eines reinen Kulturbais hinausgehen. Wie es mit den Preisen aussieht, die für die in den sogenannten freien Läden Rußlands feilgebotenen Waren festgesetzt sind, davon legt nachstehende Zusammenstellung Zeugnis ab. Wir entnehmen sie dem Reisebericht des Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“ Günter Stein in Nr. 563:

1 Kilogramm Reis	2,75 Rubel
1 Kilogramm Rindfleisch	6,— Rubel
1 Liter Milch	2,— Rubel
1 Kilogramm Butter	18,— Rubel
1 Kilogramm Zucker	2,50 Rubel
1 Kilogramm Schinken	22,— Rubel
100 Gramm Schokolade	3 bis 6,— Rubel
1 Kilogramm Serringe	3,— Rubel
1 Paar Hosen	17,— Rubel
1 Paar Schuhe	64,— Rubel
1 Wolljumper	75,— Rubel

Derartige Preise sind in keinem anderen Lande der Welt möglich, selbst wenn man annimmt, daß sie nur für die sogenannten Deklariererten gelten, so sind doch auch viele Arbeiter und Angestellte gezwungen, derartige Preise anzulegen, wenn sie sich einmal etwas extra leisten wollen. Jedenfalls steht fest, daß ein russischer Arbeiter einen ganzen Monat arbeiten muß, wenn er sich ein paar Schuhe oder einen Wolljumper in den freien Läden kaufen muß. Aber selbst in den staatlichen Genossenschaftsläden kosten ein paar Stiefel 22,65 Rubel und erfordert deren Anschaffung somit mehr als ein Viertel des Monateinkommens. Die Resultate bolschewistischer Wirtschaftsführung sind nicht so verlockend, daß sie zur Nachahmung empfohlen werden können. Ein westeuropäischer Arbeiter werde ein solches Dasein entschieden ablehnen. Sie stellen sich das Leben in einer sozialistischen Wirtschaft wesentlich anders vor.

Englands Wahlen — eine Weltwende? Der ehemalige britische Schatzkanzler Winston Churchill feiert in einem Artikel den Ausgang der englischen Wahlen überschwinglich. Er glaubt, daß sie eine Weltwende für die gesamte internationale Politik bedeuten. „Das kapitalistische System hat in dem Augenblick, wo es durch augenblickliche finanzielle Schwierigkeiten in seinen Grundfesten erschüttert wurde, eine fast grenzenlose Ermüdung zum Glauben an seinen Wert und seine Bedeutung erhalten.“ Diese Feststellung wird ein Kopfschütteln selbst bei den Anhängern des kapitalistischen Systems hervorgerufen haben. Ueberdies ist Churchill der Meinung, daß die Errichtung der Schutzollmauern um England herum „vielleicht eine Herabsetzung der Zölle anderer Länder hervorrufen, ja vielleicht erzwingen wird.“ Einer solchen Beweisführung steht man natürlich sprachlos gegenüber. Die Jubelhymne Churchills beweist aber, zu welchem Gedanken und Ansprüchen die englischen Wahlen die Reaktionen aller Länder ermutigt haben.

Die Zinsbelastung der deutschen Wirtschaft. Bis zum 30. Juni 1931 wurden von der öffentlichen und privaten Wirtschaft in Deutschland etwa 95 Milliarden Mark Kredite aufgenommen. Ende 1913 betrug der Gesamtbetrag der Langkredite 100 Milliarden Mark, der der Kurzkredite rund 18 Milliarden Mark. Von den Krediten am 30. Juni 1931 entfallen nach dem Konjunkturstatistik 62 Milliarden auf Langkredite und 33 Milliarden auf Kurzkredite. Für 1913 ergab sich bei einer Verzinsung von 4½ bis 5½ v. H. ein jährlicher Zinsbetrag von 5½ Milliarden. Dagegen mußten für die Kredite im Jahre 1931 bei einem Durchschnittszinssatz von 7½ bis 10 v. H. 7,95 Milliarden Mark Zinsen bezahlt werden. Die höhere Belastung durch Zinsen beträgt mithin etwa 2,5 Milliarden Mark. Von der gesamten Zinslast entfallen auf landwirtschaftlichen Grundbesitz eine Milliarde Mark, hädtischen Grundbesitz zwei Milliarden Mark, Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr 2,95 Milliarden Mark und die öffentliche Wirtschaft zwei Milliarden Mark. Diese überhöhte Zinsbelastung wirkt sich naturgemäß auf alle Zweige des Wirtschaftslebens aus.

Rundfunkhörer gegen die Vereinigung der Elektrizitätswerke. Die durch elektrische Anlagen, wie Haushaltgeräte, Motoren, Hochfrequenzgeräte und dergleichen verursachten Störungen bedeuten eine erhebliche Gefährdung des Rundfunkempfangs. Die Bestrebungen der Funkhilfen und der am Rundfunk interessierten Kreise werden durch die gegnerische Einstellung der Vereinigung der Elektrizitätswerke gefährdet. Zur rechtzeitigen Abwehr der Maßnahmen der Vereinigung der Elektrizitätswerke haben die dem Arbeiter-Radio-Bund angehörenden Organisationen beschlossen, geeignete Maßnahmen zu treffen. Die gesamte Hörerschaft wird um tatkräftige Mitwirkung gebeten. Erwünscht sind Mitteilungen an den Arbeiter-Radio-Bund Berlin SW 61 über alle Presseartikel und Vorgänge in der Öffentlichkeit, die den Bestrebungen, störungsfreien Rundfunkempfang zu schaffen, abträglich sind, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen treffen zu können.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Wegen betrügerischer Handlungen wurde der Gauleiter des 1. Gau, Edmund Faeger, Berlin, fristlos entlassen, aus dem Verbandsausgeschliffen und der Staatsanwaltschaft überwiesen. Die Gauverhältnisse werden bis auf weiteres fortgeführt durch den früheren Gauleiter und jetzigen Vorsitzenden der Zahlstelle Berlin, Kollegen Gustav Ritsche, Berlin SO 16, Engelauer 25, III. Alle Zuschriften in Gauangelegenheiten sind an diese Adresse zu richten.

Adressenänderungen

- 2. Gau: Lüben. Kass.: Fritz Duchhorn, Liegnitzer Str. 14.
- 3. Gau: Kamenz. Kass.: Emil Menschner, Wieja Nr. 48, Kamenz i. Sa.-Land.
- 5. Gau: Bismarck. Vorj.: Otto Laack, Wörthstr. 4.
- 9. Gau: Alphenrod. Vorj.: Louis Alsdörner; Kass.: August Steuernagel.

Briefkasten

Unfallrente. Nach den §§ 616, 617, 618 und 618a der RVO. und der hierzu vorliegenden Kommentare wird zur Berechnung der Zeit bei jeder Abfindung der Unfalltag zugrunde gelegt; da es sich aber hierbei nur um eine „Kann“-Bestimmung handelt, steht es dem Versicherungssträger frei, auf den Antrag einzugehen. — Im übrigen sind Fragen um Auskunft immer klar und deutlich zu stellen. Die Redaktion kann nicht erraten, was gemeint ist, sondern richtet sich nach der geschriebenen Anfrage; deshalb sind auch Deine sonstigen Bemerkungen an die falsche Adresse gerichtet.

F. Sch. Es liegt eine Uebertretung vor. Strafverfolgung wegen Uebertretung verjährt nach § 67 des Strafgesetzbuches in drei Monaten vom Tage der Handlung gerechnet.

Würde Verjährung nicht vorliegen, so könnte eine Bestrafung beider Teile bis zu 150 Mark erfolgen.

Bücher und Zeitschriften

Jenny Marx. Zum 50. Todestag am 2. Dezember 1931. Von dem Genossen H. Nikolajewski ist im Dezemberheft der „Gesellschaft“ ein das Leben von Jenny Marx aufhellender Beitrag erschienen, der uns die Schicksals- und Kampfgeschichte unseres großen Theoretikers und Taktikers in dramatischer Lebendigkeit vor Augen führt.

Als Sonderdruck der „Gesellschaft“ kostet die kleine Schrift nur 15 Pfennig.

Der politische Antiquar. Im Internationalen politischen Antiquariat, Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Strasse 16, erliegen Nummer 4 der politischen Antiquars einleitende Literatur zur Sozialpolitik. Dieser Katalog führt in etwa 800 Nummern bedeutende Einzel- und Sammelwerke aus dem Gebiet der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung auf. Der Katalog wird auf Anforderung unentgeltlich abgegeben.

„Ideologie und Taktik der Arbeiterbewegung.“ Ueber dieses Thema sprach auf dem 4. Welt-Gewerkschaftskongress in Leipzig der Vorsitzende des Allgemeinen freien Arbeiterbundes, Reichstagsabgeordneter U. F. H. Diele. Diese Ausführungen — als Broschüre — sind in der gegenwärtigen Situation für die gesamte Arbeiterbewegung von außerordentlichem Wert. Wir empfehlen die Anschaffung dieser wichtigen Broschüre. Sie kann zum Preise von 35 Pfennig durch den freien Volksverlag, G. m. b. H., Berlin NW 40, Werffstraße 7, bezogen werden.

Die Nazis im Rathaus. Bei den letzten Kommunalwahlen ist es den Nationalsozialisten in einigen Ländern gelungen, in die Gemeindeparlamente einzuziehen. Erst kurze Zeit sind sie dort bei der „Arbeit“ über das hat schon genügt, um eine Fülle Material zu erhalten über Theorie und Praxis der Nazis in der Kommunalarbeit. Die Reizung und Ketter Deutschlands haben ihre Macht zu Eigenmacht, Korruption und Fäulnis im Rathaus. In der praktischen Kleinarbeit haben sie mit Geizhals und Maulaufreißer täglich verfahren. In unzähligen Fällen ist ihr sozialistisches Manövrieren schnell gefallen und als reine Arbeiterfeinde, als Nationalsozialisten stehen sie da.

Der Verlag G. m. b. H. Diele hat eine kleine Broschüre heraus unter dem Titel „Nazi-Kommunalpolitik“. Darin ist in übersichtlicher Art das Material aus allen Teilen Deutschlands gesammelt. Für jeden in der Partei- und Kommunalarbeit Stehenden eine Fundgrube für seinen Kampf gegen die Katastrophopolitik in den Gemeinden. Dem Schriftchen, das nur 15 Pfennig kostet, wünschen wir weiteste Verbreitung.

Wettrennen nach dem Glück. Erzählungen nennt Max Barthel die großen Hauptkapitel dieses, seines Buches, das bei der Buchverlagsgesellschaft G. m. b. H. Berlin (in Zeilen 3 Mark) erschienen ist. Eine Erzählung ist dabei: „Weidner hat recht.“ Sie hat eine faszinierende Stellung in diesem Buch. Wie oft hat Weidner recht? Weidner ist einer von den Burgen, die im Zeitalter der sozialen Revolutionen um den ganzen Globus wandern und überall dort aufstehen, wo es nach neuer recht. In Spanien, in Rußland, in Deutschland, überall, wo es soziale Erdbenen gibt, dort finden wir ihn. Einmal, am Schluß des Buches, tritt die in Weidner verkörperte Macht des Autors mit starker und überzeugender Deutlichkeit hervor: dieser Weidner hat recht, weil nur der recht behält, der beweisen kann, daß die Geschichte mit ihm ist.

Die ausdrucksstarke Sprache, die Fülle der Ereignisse und Gestalten, die Heiterkeit eines Menschen, der viel gesehen und viel erfahren hat, alles das zeichnet das neue Buch von Max Barthel aus.

Nielsen und Antje. Erdgeschichte in Märchen. Mit 10 künstlerisch wertvollen Zeichnungen geschmückt. Kartentiert 2 Mark, in Halbleinen 2,50 Mark. Verfasser: Gg. Engelbert Graf.

Lebendig treten die Geschehnisse, die Jahrmillionen zurückliegen, vor das Auge des Lesers und ganz ausgezeichnete Bilder unterliegen die Vorstellkraft. Das Buch gehört in die Hände unserer schulpflegenden. Aber auch der erwachsene Mensch wird gern danach greifen, um es selbst zu lesen oder seinen Kindern daraus zu erzählen. Dieses Buch kann man unbedingt als Geschenk empfehlen. Verlag: Urania-Verlag, G. m. b. H., Jena.

Anzeigen

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 11,50 Mk., aus II-Drahtleder 8,— und 6,— Mk., **Maurersocken** 1,70 Mk. Echt-Lindner-Manchesterhosen Qual. I 15,—, II 11,50, III 10,— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 1** (Spezialfabrik für Berufskleidung)

Pflasterhammer aus bestem Schweisstah **Rammen, Brechstange** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhau **Jtto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Seehausen.** Am 15. November der Steinsetzer Herm. Bartels, 31. Jahre alt, 8 Tage krank, Leberentzündung.
- München.** Am 17. November der Steinsetzer Peter Westermeyer, 42 Jahre alt, 13½ Monate krank, Leberkrebs.
- Striegau.** Am 23. November der Steinbildhauer Bruno Glatte, 53 Jahre alt, 13 Wochen krank, Lungentuberkulose. — Am 30. November der Hilfsarbeiter Max Mißbach, 57 Jahre alt, Schlaganfall. — Am 1. Dezember der Granitsteinmetz Wilh. Kuppich, 62 Jahre alt, Schlaganfall.
- Bensheim a. Bergstr.** Am 26. November der Granitsteinmetz Franz Groß, 61 Jahre alt, Schlaganfall.
- Wildschütz.** Am 26. November der Brecher Oswald Krauß, 59 Jahre alt, tödlicher Betriebsunfall.
- Berlin.** Am 28. November der Schleifer Fritz Gräber, 42 Jahre alt, 1 Jahr krank, Gelenkrheumatismus.
- Reichenbach (Vogtland).** Am 2. Dezember der Steinsetzer Kurt Albrecht Uilbricht, 62 Jahre alt, 28 Wochen krank, Wassersucht.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.